

ANTRAG AN DAS WIRTSCHAFTSPARLAMENT der Wirtschaftskammer Niederösterreich am 15.05.2024

„Faire österreichweite Verteilung der Stromnetzkosten“

Beschluss:

Die Wirtschaftskammer NÖ wird aufgefordert, an das Land Niederösterreich und die Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen heranzutreten, bei den zuständigen Bundesdienststellen und beim Gesetzgeber darauf einzuwirken, dass die Zusatzkosten, die sich aufgrund der Ökoenergieausbauziele des Bundes ergeben und einen Ausbau der Stromnetzinfrastruktur vor allem in Niederösterreich erfordern, österreichweit fair aufgeteilt werden.

Dies soll durch die Übernahme dieser spezifischen Kosten durch die Schaffung eines Bundesenergieinfrastrukturfonds erfolgen, damit die direkten Strom-Nutzungskosten zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe nicht noch weiter erhöht werden müssen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat weit über die EU-Vorgaben hinausgehende Klima- und Energieziele beschlossen.

Der Ausbau der grünen Energiegewinnung zur Erreichung der Klimaziele erfordert parallel einen Ausbau der Netzinfrastruktur sowohl im Verteilernetzbereich als auch im Übertragungsnetz, um eine permanente Systemüberlastung zu vermeiden.

Das im Ökoenergieausbau führende Netzgebiet in Niederösterreich ist in unverhältnismäßigem Ausmaß von den Mehrkosten aufgrund dieser Bundesvorgaben betroffen.

Es ist unzumutbar, dass ein Bundesland wie Niederösterreich mehr als die Hälfte des Windausbaus stemmt und zusätzlich die Kosten des Übertragungsnetzes im Wege der Kostenwälzung auf die Bundesländer verteilt werden (§ 3 SNE-V 2018).

Die Investitionskosten für den Netzausbau dürfen sich auch nicht auf die Einspeiser verteilen, auch wenn in Niederösterreich diese Last auf eine größere Anzahl von Einspeisern verteilt werden könnte.

Die Stromkosten und Stromnutzungsentgelte sind in Österreich bereits wettbewerbsschädigend hoch und sollen nicht weiter erhöht werden. Daher bedarf es in öffentlichem Interesse anderer Finanzierungsmodelle, wie zB im Bahn- oder Straßenbau.

VP Thomas Salzer
Delegierter zum Wirtschaftsparlament